

Niederschrift

über die 18. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Kinder, Jugend, Senioren und Soziales

am Dienstag, dem **18.03.2025**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
2. **Einwohnerfragestunde**
3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 16 vom 27.11.2024**
4. **Jahresbericht zur dezentralen Jugendarbeit im Jahr 2024 (siehe Anlage)**
5. **Bericht des Jugendzentrums für das Jahr 2024 (siehe Anlage)**
6. **Zuschussantrag der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland e.V. für das Jahr 2025**
Vorlage: 038/2025
7. **Belegungssituation in den Kindertagesstätten zum Kindergartenjahr 2025/2026**
8. **Anpassung des monatlichen Entgeltes für die Inanspruchnahme der Betreuungszeiten außerhalb der Kernbetreuung (Randzeit)**
Vorlage: 039/2025
9. **Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsfrau Kirstin Pöppelmeier als Ausschussvorsitzende
Ratsfrau Isabel Bruns
Ratsfrau Anke Heitmann
Beigeordneter Matthias Lühns
Ratsherr Holger Mehrle
Ratsherr Uwe Wispeler

Vertreter/in

Ratsvorsitzende Manuela Mohr Vertretung für Frau Ratsfrau Stefanie Ahlrichs

Gäste

Sozialarbeiterin Karen Knipper zu TOP 4
Anke Gerdes-Gorony zu TOP 5
Kerstin Schlage-Pree zu TOP 5

Verwaltung

Bürgermeister Stephan Eiklenborg
Verwaltungsfachwirt Sebastian Janßen
Verwaltungsfachangestellte Julia Röhr als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 16 vom 27.11.2024

Die Fassung der Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Jahresbericht zur dezentralen Jugendarbeit im Jahr 2024 (siehe Anlage)

Die Ausschussvorsitzende gab für diesen Tagesordnungspunkt die Gesprächsleitung an den stellvertretenden Ausschussvorsitzenden ab.

Die Mitarbeiterin der dezentralen Jugendarbeit berichtete zunächst von der Schulsozialarbeit. Sie bietet in allen drei Grundschulen für Schülerinnen und Schüler der dritten Klassen eine „Friedensstifter-AG“ an. Hierbei werden die Kinder zu sog. Friedensstiftern ausgebildet, indem vermittelt wird, wie sie bestmöglich mit auftretenden Konfliktsituationen umgehen. In den AG's seien einerseits Kinder mit Rückzugsverhalten und andererseits Kinder mit Aggressionspotenzial vertreten.

In der Grundschule Sande wird zudem zweimal wöchentlich eine persönliche Beratung für Schülerinnen und Schüler mit erhöhtem Konflikt- und/oder Aggressionspotenzial angeboten. Diese Gespräche geben den Kindern Raum, sich bei einer außerhalb des Umfelds befindenden Person zu öffnen.

Hinsichtlich der aufkommenden Frage, ob die Beratungszeit ausreiche, erläuterte die Mitarbeiterin, dass hierzu noch keine Aussage getroffen werden könne, da das Beratungsangebot erst kürzlich eingeführt wurde.

Auf Nachfrage aus dem Ausschuss erklärte die Mitarbeiterin, dass das Aggressionspotenzial zunehme. Ferner wurde bezüglich möglicher Anschluss-AG's mitgeteilt, dass nach den Sommerferien die Friedensstifter-AG für die folgenden dritten Klassen angeboten werde.

Zudem führte die Mitarbeiterin aufgrund einer weiteren Nachfrage aus, dass es einen Unterschied zwischen Streitschlichtern und Friedensstiftern gäbe und eine Kooperation mit der Polizei in der Regel bei Streitschlichter-AG's erfolge.

Ein Ausschussmitglied bedankte sich für die Arbeit der dezentralen Jugendarbeit.

Weiter berichtete die Mitarbeiterin der dezentralen Jugendarbeit von der Stra-

ßensozialarbeit. Verzeichnet werden konnte, dass sich die Jugendlichen vornehmlich auf den Schulhöfen treffen. Dabei ist festzustellen, dass der Schulhof der Oberschule in der Regel gut frequentiert ist. Zudem haben sich kurzzeitig Treffpunkte am Kanal und auf dem Spielplatz „Am Leit“ etabliert. Im Rahmen der Straßensozialarbeit werden individuelle, tiefgründige Gespräche geführt. Hierbei konnte insbesondere festgestellt werden, dass vor allem die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation in Deutschland und Europa bei den Jugendlichen Sorgen auslöse und ein erhöhter Gesprächsbedarf bestehe.

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes berichtete die Mitarbeiterin, dass der Vorfall an der Oberschule Sande im Januar 2025 mit den Jugendlichen in Gesprächen aufgearbeitet wurde.

5. Bericht des Jugendzentrums für das Jahr 2024 (siehe Anlage)

Die Mitarbeiterinnen des Jugendzentrums berichteten, dass die Unsicherheit und Sorgen der Jugendlichen aufgrund der aktuellen Weltsituation zunehme. Insbesondere sei die Migrationspolitik ein emotionales Thema. Die Mitarbeiterinnen führen persönliche Gespräche mit den Jugendlichen und unterstützen bei der individuellen Zukunftsplanung. Zudem wurde hervorgehoben, dass das Jugendzentrum den Jugendlichen einen Raum ohne Anforderungen und Erwartungen gäbe und ein sicherer Zufluchtsort sei.

Auf Nachfrage aus dem Ausschuss erklärten die Mitarbeiterinnen, dass Gespräche zu politischen Themen wie mit dem Bürgermeister im vergangenen Jahr positive Reaktionen bei den Jugendlichen auslösen.

Der Ausschuss bedankte sich für die Arbeit des Jugendzentrums.

6. Zuschussantrag der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland e.V. für das Jahr 2025
Vorlage: 038/2025

Der Ausschuss hat sich insgesamt für eine Zuschussgewährung ausgesprochen. Zusätzlich war man übereinstimmend für eine Erhöhung des Zuschusses, um die

Arbeit der Initiative in einem höheren Maße zu unterstützen und eine entsprechende Wertschätzung auszudrücken.

Vorgeschlagen wurden unterschiedliche Jahreszuschüsse von 600 € bis 1000 €.

Da diese Erhöhung noch nicht in den Gruppen und Fraktionen beraten wurde, einigte man sich darauf, eine endgültige Höhe im Verwaltungsausschuss am 20.03.2025 zu beschließen.

7. Belegungssituation in den Kindertagesstätten zum Kindergartenjahr 2025/2026

Die Verwaltung berichtete, dass zu Beginn des Kindergartenjahres 2025/2026 vorbehaltlich möglicher Änderungen zehn Regelplätze und zwei Krippenplätze frei sein werden. Es sei jedoch davon auszugehen, dass die beiden Krippenplätze im Laufe des neuen Kindergartenjahres belegt werden. Weiterer Bedarf könnte in diesem Fall durch Tagespflegepersonen oder die Tagespflege des NWK gedeckt werden.

Der Kindertagesstättenbedarfsplan des Landkreises Friesland prognostiziert, dass in den nächsten Jahren die Anzahl der Kinder im Krippen- und Kindergartenalter in Sande erheblich steigt, weshalb die Versorgungsquoten sinken.

Die Prognose beruhe auf einem Mittelwert aus den vergangenen sechs Jahrgängen. Aus Sicht der Verwaltung sind die Quoten daher nur wenig aussagekräftig, zumal die Bevölkerungszahl der Gemeinde insgesamt rückläufig ist. Auf Nachfrage aus dem Ausschuss erklärte die Verwaltung, dass bereits beim Landkreis Friesland um Überprüfung der Berechnungsgrundlage gebeten wurde.

8. Anpassung des monatlichen Entgeltes für die Inanspruchnahme der Betreuungszeiten außerhalb der Kernbetreuung (Randzeit)
Vorlage: 039/2025

Die Verwaltung teilte mit, dass die Beteiligung der Beiräte der kommunalen Kindertagesstätten erfolgt ist und verwies diesbezüglich auf die Ratsinformation vom 14.03.2025.

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes wurde erklärt, dass die Beiräte der Ev.

Kindertagesstätte Sande und der Kindertagesstätte Sandburg der Wiki gGmbH bisher nicht angehört wurden. Ferner wurde darauf hingewiesen, dass diese Beiräte in der Angelegenheit kein Mitbestimmungsrecht haben.

Die Gruppen Bürger für Sande/CDU und Grüne/FDP/Linke sprachen sich für den im Beirat der Kindertagesstätte Schatzinsel geäußerten Vorschlag der Elternvertretungen auf eine gestaffelte Erhöhung der monatlichen Entgelte aus.

Die SPD-Fraktion sei weiterhin gegen eine Erhöhung der monatlichen Entgelte, da diese der Vereinbarkeit von Familie und Beruf widerspräche. Zudem stelle die Erhöhung insbesondere für Familien, die sich aufgrund ihres Einkommens zwischen 101 % und 110 % der ermittelten Einkommensgrenze befinden, eine besondere Härte dar.

Nach erfolgter mehrheitlicher Abstimmung für die Erhöhung der monatlichen Entgelte beantragte die SPD-Fraktion, die monatlichen Entgelte für die Randzeitbetreuung einkommensabhängig zu staffeln. Die SPD-Fraktion wies in diesem Zusammenhang deutlich darauf hin, dass man grds. gegen eine Erhöhung der Entgelte sei und dieser Antrag lediglich deshalb gestellt wird, um die Belastung für einkommensschwächere Familien abzumildern.

Beschlussvorschlag:

- a) Das monatliche Entgelt für die Betreuung in den gemeindlichen Kindertagesstätten außerhalb der Kernbetreuungszeit beträgt ab dem Kindergartenjahr 2025/2026 12,50 € je halber Stunde und ab dem Kindergartenjahr 2026/2027 20,00 € je halber Stunde.

Als soziale Komponente wird zudem eine Geschwisterermäßigung wie folgt eingeführt:

Sofern mehrere Kinder einer Familie zu Randzeiten angemeldet sind und hierfür eine Entgeltspflicht besteht, erfolgt eine 50-prozentige Ermäßigung je Geschwisterkind. Für das erste Kind ist dabei das volle Entgelt zu zahlen, ab dem zweiten Kind erfolgt die Ermäßigung.

Die Verwaltung bereitet eine Neufassung der Satzung vor.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen

- b) Die monatlichen Entgelte für die Betreuung in den gemeindlichen Kindertagesstätten außerhalb der Kernbetreuungszeit sind einkommensabhängig zu staffeln.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen

9. **Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

- Auf Vorschlag der Ausschussvorsitzenden hat sich der Ausschuss auf einen zusätzlichen Sitzungstermin am 23.04.2025 geeinigt, um insbesondere über die Weiterführung der kommunalen Seniorenarbeit zu beraten.

Nach kurzer Unterbrechung wurde um 18:15 Uhr nichtöffentlich weiterberaten.

Schluss der Sitzung: 18:35 Uhr

Ausschussvorsitzende

Bürgermeister

Schriftführerin